



TTIP - das trojanische Pferd von heute

Prozent der Bevölkerung, die den Löwenanteil des Reichtums besitzen –, am Wohl der Allgemeinheit nur bedingt interessiert. Und ihre neoliberalen Zuarbeiter in der etablierten Politik setzen alles daran, die vollständig „marktkonforme Demokratie“ zu schaffen, um aus dem an seine Wachstumsgrenzen angelangten herrschenden Wirtschaftssystem das Letzte herauszupressen. Das geplante Freihandelsabkommen TTIP zwischen den USA und der Europäischen Union ist ein besonders markantes Beispiel dafür. Diesen neoliberalen Feldzügen müssen die Menschen mit aller Kraft entgegentreten. In Berlin bietet sich jetzt die großartige Gelegenheit, ein Musterbeispiel der direkten Bürgerbeteiligung zu etablieren, das Vorbild und Ermutigung für andere Regionen und Bereiche sein kann. Nur über eine stärkere direkt-demokratische Beteiligung der Menschen ist die Gegen-

kraft zu gewinnen, die nötig ist, um dem entfesselten Marktradikalismus Grenzen zu setzen und die Demokratie vor weiterer Erosion zu bewahren.

Telefonischer Kontakt:  
 (030) 781 46 04 Ulrike von Wiesenau  
 0170 200 49 74 Gerhard Seyfarth  
 0178 631 30 89 Ulrike Kölver

Auch direkte Demokratie kostet! Spenden für den Berliner Wassertisch können auf das Konto des gemeinnützigen Berliner Wassertisch e.V. eingezahlt werden:

Kontoinhaber: Berliner Wassertisch e.V.  
 Kontonummer: 1132949300, GLS Bank  
 IBAN: DE04430609671132949300  
 BIC: GENODEM1GLS

V.i.S.d.P.: Karl Goebler, 12101 Berlin  
 Stand: Mai 2015



[berliner-wassertisch.net](http://berliner-wassertisch.net)

# Berliner Wassertisch

Wasser gehört in BürgerInnenhand  
 Schluss mit den Geheimverträgen

## Wasser-Info Nr. 1/2015

### **Die Berliner Wassercharta** Grundsätze für einen neuen Umgang mit dem Wasser in Berlin



Weltwassertag, 22. März 2015, in Berlin

Der Berliner Wassertisch, Träger des ersten erfolgreichen Volksentscheides in Berlin, hat jetzt der Öffentlichkeit eine Wassercharta für Berlin vorgestellt.

#### **Warum brauchen wir eine Wassercharta?**

Die Berliner Wasserpolitik ist falsch gelaufen. In der Zeit der Privatisierung wurden die Berliner Wasserbetriebe auf Gewinnmaximierung ausgerichtet. Das war der Grund, warum die Wasserpreise stark anstiegen und dennoch jahrelang nicht genügend ins Wassernetz investiert wurde.

Mit der Wassercharta wollen wir eine Umkehr dieser Politik erreichen. Wir wollen mit Unterstützung der Berlinerinnen und Berliner etwas Neues durchsetzen: Eine gemeinwohlorientierte Wasserwirtschaft.

#### **Forderungen der Wassercharta**

Sie enthält die Grundsätze, an denen sich die Berliner Wasserbetriebe und der Umgang mit dem Wasser in Berlin zukünftig ausrichten sollen. Im Wesentlichen fordert die Charta:

1. Die Berliner Wasserbetriebe (BWB) müssen zu 100% direktes Eigentum des

[berliner-wassertisch.net](http://berliner-wassertisch.net)

Landes Berlin sein, eine erneute Privatisierung oder Teil-Privatisierung gleich welcher Form ist auszuschließen.

2. Die BWB sind einfach zu strukturieren. Sie dürfen z.B. keine Unternehmen integrieren, die nicht der Wasserversorgung oder der Abwasserreinigung dienen.

3. Die BWB sind gemeinwohlorientiert zu führen. Sie haben kostendeckend, aber nicht gewinnorientiert zu arbeiten, nach dem Prinzip ‚Wasser zahlt Wasser‘. Einnahmen der öffentlichen Wasserwirtschaft werden zu 100% wieder in die Wasserwirtschaft investiert.

4. Die BWB haben ihre Tarife so zu gestalten, dass Wasser für alle Nutzer erschwinglich ist.

5. Das Wasser aus der Spree und in die Spree muss sauber sein. Die Schadstoffbelastung des Grundwassers ist deutlich zu verringern, gesundheitliche Risiken für die Bevölkerung sind zu minimieren. Der Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitärer Grundversorgung ist ein Menschenrecht und Kernaufgabe staatlicher Daseinsvorsorge.

6. Die BWB sind verpflichtet, einen bestmöglichen Natur- und Ressourcenschutz zu fördern.

7. Die BWB müssen transparent und demokratisch geführt werden. Das schließt insbesondere ein, dass direktdemokratische Gremien der Bürgerbeteiligung geschaffen werden, mit denen die Berlinerinnen und Berliner Kontroll- und

Mitentscheidungsrechte wahrnehmen können.

### **Der Auftrag des Volksentscheids**

Die Berliner Wassercharta baut auf dem im Februar 2011 mit überwältigender Mehrheit gewonnenen Volksentscheid zur Offenlegung der Verträge zur Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe auf. Was waren die Ziele der Berlinerinnen und Berliner, die damals mit Ja stimmten?

Sie wollten erreichen, dass Schluss gemacht wird mit

- der jahrelangen Geheimhaltung der Privatisierungsverträge durch den Berliner Senat – Transparenz war das Stichwort,
- den obszönen Gewinngarantien für angebliche „Partner“ aus dem wichtigsten Lebensmittel überhaupt – unserem Wasser,
- dem starken Anstieg der Wasserpreise bei gleichzeitiger Vernachlässigung wichtiger Investitionen zur Reparatur, Instandhaltung und Modernisierung der Wasser-Infrastruktur,
- dem Verschieben und der Vernachlässigung ökologischer Anforderungen, damit die Rendite stimmt,
- der Privatisierung der Wasserver- und entsorgung, einem natürlichen Monopol, von dem wir alle abhängig sind.

Anders ausgedrückt: Der Volksentscheid „Wir Berliner wollen unser Wasser zurück“ forderte eine Politik, die

die Wirtschaft bestimmt, statt von ihr bestimmt zu werden. Die Berlinerinnen und Berliner votierten für eine gemeinwohlorientierte Daseinsvorsorge, die frei ist von Geschäftemacherei, und für eine demokratische und transparente, sozial gerechte und ökologische nachhaltige Berliner Wasserbewirtschaftung in öffentlicher Hand.

### **Rekommunalisierung vollenden!**

Mit der Wassercharta fordern wir heute nicht mehr und nicht weniger als eine adäquate Umsetzung der Ziele des Wasser-Volksentscheids und die Beseitigung der noch immer bestehenden strukturellen Mängel. Die Berliner Wasserbetriebe müssen sich vom Erbe der Privatisierungszeit trennen. Sie sind bis heute ein unübersichtliches und intransparentes Unternehmensgeflecht, das in dieser Form völlig ungeeignet ist, eine demokratische und transparente, sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Wasserbewirtschaftung in Berlin zu gewährleisten. Auch eine erneute Privatisierung ist unter den gegenwärtigen Voraussetzungen keineswegs ausgeschlossen.

Wir erwarten von der Politik die zügige Umsetzung der versprochenen Auflösung der durch die Privatisierung entstandenen Gesellschaften, inklusive Aufhebung des „Konsortialvertrages“ mit Renditegarantie. Und wir verlangen, dass die Berliner Wasserbetriebe ihren öffentlich-

rechtlichen Charakter herausstellen und die Stimmen der öffentlichen Wasserwirtschaft in Deutschland und in der EU gegen die Privatisierungs- und Liberalisierungslobby aus Brüssel stärken.

### **Notwendigkeit einer direkten Bürgerbeteiligung**

Durch die Einführung einer direkten Bürgerbeteiligung an einem öffentlichen Unternehmen der Daseinsvorsorge will die Berliner Wassercharta sicherstellen, dass die Unternehmensentscheidungen sich künftig an den gebotenen sozialen, ökologischen und ethischen Kriterien orientieren. Denn der öffentliche Status eines Betriebes allein garantiert heute keinesfalls die Orientierung am Gemeinwohl – zu stark ist generell die Dominanz der privaten Wirtschaft gegenüber der Politik. In Zeiten, da die immer massivere Einflussnahme von Wirtschafts-Lobbyisten die Demokratie aushöhlt und die Führungskräfte im öffentlichen Dienst vielfach wie renditeorientierte Konzernmanager gegeneinander konkurrieren statt im Interesse des gemeinsamen Ganzen zu kooperieren, muss die direkte Beteiligung und Kontrolle der Bürgerinnen und Bürger entschieden verstärkt werden, um den nötigen Gemeinsinn zu fördern und den Primat der Politik wiederherzustellen.

Naturgemäß sind die Nutznießer der gegenwärtigen Lage – jene wenigen